

# Übersichten

Juli 1997

## Außenpolitik

### 1 Kritische Einstellung gegenüber Nato-Osterweiterung

Am 8. Juli faßten die 16 Nato-Mitglieder in Madrid den Beschluß, drei Länder des ehemaligen Ostblocks, nämlich Polen, Ungarn und Tschechien, in die Nato aufzunehmen, und zwar ab April 1999, d.h. anlässlich des 50. Geburtstags der Nato. Die Nato hatte sich - auf Drängen der USA - für eine Dreierlösung und nicht etwa für eine Fünferlösung (unter Einschluß auch Rumäniens und Sloweniens) entschlossen.

Die Entscheidung wurde vom US-Präsidenten Clinton als „Meilenstein in der Geschichte der Nato auf dem Weg zu einem ungeteilten demokratischen und in Frieden mit sich lebenden Europa“ bezeichnet (FAZ, 9.7.97).

Moskau hatte die Aufnahme dagegen noch in Madrid als „fehlerhaften Schritt“ bezeichnet. Statt eines Zuwachses an politischer Stabilität in Europa schaffe die Aufnahme der Mittelosteuropäer nur zusätzliche Probleme.

Allerdings hatte Moskau zwei „Trostpreise“ entgegennehmen können,

nämlich eine Grundlagenakte zwischen Rußland und der Nato, die in Paris unterzeichnet wurde und die Aufnahme Rußlands in die G8 beim Gipfel in Denver.

Der Xinhua-Kommentar zur Osterweiterung fiel kritisch aus: die USA benutzten die Osterweiterung, um weiter „ihre Kontrolle über Europa aufrechtzuerhalten“! (XNA, 9.7.97). Die Osterweiterung bringe auch neue Spannungen mit Rußland, dessen Sorgen zwar durch einen Grundlagenvertrag vom 27. Mai (unterzeichnet in Paris) etwas abgemildert worden seien, das aber nach wie vor die Osterweiterung als feindlichen Akt empfinde.

Obwohl die USA die Oberkontrolle behalten wollten, zeigten sie sich in Finanzierungsfragen eher zurückhaltend und wollten anderen die Lasten aufbürden. Nach US-Schätzungen ist es unklar, wieviel Geld die Nato im Jahre 2010 benötigt: geht das US-Verteidigungsministerium von 27-35 Mrd. US\$ aus, so das US-Kongreß-Haushaltsbüro von 60-125 Mrd. Ob aber die eine oder die andere Schätzung richtig ist - in jedem Fall wollten sich die USA nur mit 10% beteiligen. Der Tenor dieses Kommentars ließe sich auf die (in dieser Form allerdings nicht ausgesprochene) Formel reduzieren: „Typisch für die USA: überall mitreden, aber nicht mitbezahlen wollen!“

Die kritische Bewertung der Osterweiterung ist umso bemerkenswerter, als China in den 70er und 80er Jahren, also auf dem Höhepunkt der Spannungen zwischen Beijing und Moskau noch zu den eifrigsten Befürwortern der Nato gehört hatte! Die politische Sicht hat sich mittlerweile also stark geändert: Hauptfeind sind jetzt nicht mehr die Sowjets, sondern die USA! -we-

### 2 China und die ASEAN

Im Juli kam es zu zwei wichtigen Arrangements zwischen China und der südostasiatischen Allianz:

Am 17. Juli trafen die Außenminister von drei ASEAN-Staaten, nämlich Indonesiens, der Philippinen und Thailands, in Beijing mit dem dort

in ärztlicher Behandlung befindlichen kambodschanischen König Norodom Sihanouk zusammen, um mit ihm die Lage in Kambodscha zu erörtern.

Als Ergebnis kam heraus, daß sowohl Sihanouk als auch die chinesische Regierung der ASEAN volle Unterstützung für Maßnahmen zur friedlichen Lösung der Krise in Kambodscha zusagten. Die drei Außenminister versicherten in diesem Zusammenhang, daß sie sich bei ihren Bemühungen keineswegs in die inneren Angelegenheiten Kambodschas einmischen wollten und daß sie auch nach wie vor Sihanouk als kambodschanischen König respektierten (XNA, 18.7.97). Die chinesische Seite betonte vor allem die Notwendigkeit einer friedlichen Lösung (XNA in SWB, 24.7.97). Der Khmer Rouge-Sender Radio DK gab seiner Meinung Ausdruck, daß China den König unterstütze und gegen Hun Sen eingestellt sei (RDK in SWB, 25.7.97).

Schon wenige Tage später kam es erneut zu Kontakten Qian Qichens mit seinen ASEAN-Amtskollegen, und zwar diesmal in Petaling Jaya/Malaysia, wo nacheinander die drei schon heute klassisch gewordenen ASEAN-Konferenzen stattfanden, nämlich zuerst die jährliche ASEAN-Außenministerkonferenz, sodann im Anschluß daran die „Dialogpartner-Konferenz“ (mit Australien, China, Indien, Japan, Kanada, Neuseeland, Rußland, Südkorea, den USA und der EU) sowie des ARF (ASEAN Regional Forum), bei dem (informell im Stile von Kamingesprächen) Sicherheitsfragen erörtert zu werden pflegen.

Qian, der sehr wohl wußte, daß der schnelle Ausbau der ASEAN nicht zuletzt durch die Angst vor einem wachsenden China bedingt ist, nahm in Petaling Jaya jede Gelegenheit wahr, um die friedlichen Absichten Chinas zu bekunden. Er erklärte die ARF zu einem geradezu idealen Forum für die Friedenswahrung (XNA, 27.7.97) und zeigte sich auch von den Beiträgen der ASEAN zur wirtschaftlichen Prosperität und zur politischen Stabilität der Region beeindruckt (XNA in SWB, 26.7.97). China wolle seine Zusammenarbeit mit den ASEAN-Ländern noch weiter verstärken, zumal ja bei der ASEAN-Tagung am

23. Juli auch noch zwei weitere südostasiatische Staaten, nämlich Laos und Myanmar, mitaufgenommen worden seien und auch Kambodscha wohl nur noch kurze Zeit beiseite stehen müsse (XNA, 30.7.97). U.a. könne auch Hongkong eine wichtige Brücke Chinas zur ASEAN hin abgeben (XNA in SWB, 31.7.97).

Auch die ASEAN-Gesprächspartner zeigten sich von dem Dialog mit China beeindruckt. Sie betonten, daß es im wirtschaftlichen Bereich ein großes Potential für die gegenseitige Zusammenarbeit gebe. Nicht zuletzt biete sich die Zusammenarbeit zwischen der ASEAN und China gerade bei der Entwicklung des Mekong-Entwicklungsprogramms an (XNA, 30.7.97). -we-

### 3 Vierergespräche mit Nordkorea

Am 5. August 1997 beginnen in New York Gespräche mit Nordkorea, die kurzfristig zur Entspannung, mittelfristig zur Einbindung Nordkoreas und langfristig vielleicht sogar zur Wiedervereinigung führen könnten.

Gesprächspartner sind die beiden koreanischen Staaten sowie die USA und die VR China. Näheres dazu im Thema dieses Heftes. -we-

### 4 Rückblick auf den chinesisch-japanischen Krieg (1937-1945)

Am 7. Juli 1937 inszenierten japanische Truppen am Rande von Beijing den „Zwischenfall an der Marco-Polo-Brücke“ (*Lugouqiao*). Anders als noch beim „Zwischenfall vom 18. September“ (1931) gab China diesmal nicht kampflos nach, sondern setzte sich zur Wehr und bestätigte damit die Scharfmacher unter den japanischen Militärplanern, nun voll auf Krieg gegen China zu setzen. Die 300.000 Mann starke Kaiserliche Armee Japans hatte anfangs leichtes Spiel mit ihrem Gegner und konnte bereits am 28. Juli Beijing und am 29. Juli Tianjin einnehmen. Überhaupt entwickelte sich die erste Phase (Juli 1937 bis Oktober 1938) zu einem einzigen Blitzkrieg, der mit der Eroberung Shanghais, Guangzhou und Wuhans vorübergehend abflaute. In einer zweiten Phase (Ende 1938 bis

1944) bewegte sich der Krieg in einem „strategischen Patt“ und erst 1944/45 nahmen die Japaner den Angriff wieder auf und eroberten große Teile Südwestchinas zwischen Changsha und der vietnamesischen Grenze.

Im Juli war also der 60. Jahrestag des Kriegsbeginns zu begehen - ein Anlaß für die chinesische Seite, sich erneut auf japanische Kriegsverbrechen einzuschließen. U.a. erschien gleich eine ganze Serie von Büchern über das Kriegsgeschehen, wobei der Anfang zumeist bereits auf das Jahr 1931 gesetzt wurde. Die Reihe wurde von der Sichuan-Universität herausgegeben. Gleichzeitig wurde der zweite Abschnitt des Museums nahe der Marco-Polo-Brücke eröffnet, in dem Dokumente über den damaligen Kriegsausbruch zusammengetragen sind. Der erste Teil des Museums war bereits 1995 anlässlich des 50. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs für das Publikum eröffnet worden.

Gleichzeitig begann eine ganze Serie von Seminaren über den damaligen Widerstandskrieg. Dabei wurden sowohl der Sieg über Japan als auch die Rückkehr Hongkongs in einen historischen Zusammenhang gebracht und als Marksteine für die „Wiederherstellung des nationalen Stolzes“ bezeichnet. Die Volkszeitung ermahnte Japan in einem Kommentar vom 9. Juli, die Ereignisse von damals nicht zu verdrängen, sondern sie zu beherzigen und sie im Sinne einer positiven Ausgestaltung des chinesisch-japanischen Verhältnisses produktiv zu verarbeiten.

In Hongkong marschierten am 7. Juli Dutzende von Vertretern verschiedener Gruppen, u.a. auch das „Action Committee for Defending Diaoyutai“ vor dem japanischen Konsulat auf und forderten nicht nur eine offizielle Entschuldigung Japans für seine damaligen Kriegsverbrechen, sondern auch einen Verzicht auf die Besetzung Diaoyutais/Senkakus. Auch für den Überfall auf Hongkong müsse sich Japan entschuldigen (Radio TV Hongkong in SWB, 9.7.97).

In der chinesischen Presse fand eine Kampagne gegen „japanische Rechtskräfte“ statt, die die Tatsachen systematisch verdrehten. Einige dieser Leute behaupteten beispielsweise, daß der Zwischenfall an der Marco-Polo-Brücke nicht von Japan, sondern von chinesischen Truppen angezettelt, dann aber den Japanern unterschoben worden sei (XNA, 7.7.97).

Bereits eine Woche vor Beginn der Gedenkfeiern hatten rund ein Dutzend Taiwaner versucht, mit einem Boot zur Diaoyuinsel zu gelangen. Sie wurden dort jedoch von der japanischen Küstenwache abgefangen.

Auch gab es in der chinesischen Presse zahlreiche Angriffe gegen Japan in Fragen, die auch im Korea-Kontext schon eine große Rolle gespielt hatten, nämlich gegen die Praxis, sog. „Trostfrauen“, d.h. diesmal Chinesinnen als „Sexsklavinnen“ in der japanischen Armee erniedrigt zu haben (da zu SCMP, 10.7.97).

Man sieht: die Wunden, die Japan seinen Nachbarn, vor allem den Chinesen, geschlagen hat, sind nach wie vor offen, und werden auf Initiative Beijings sogar bewußt offen gehalten. -we-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 5 Zunahme von Arbeiterprotesten: Regierung verfolgt Strategie der lokalen Eindämmung

Nach Informationen des *Asian Wall Street Journal*, das sich auf ein regierungsnahes Forschungsinstitut bezieht, hat die Zahl der Arbeiterdemonstrationen 1996 stark zugenommen. 1996 seien rund 3.000 größere Arbeiterproteste registriert worden, darunter 400 Fälle, in denen mehr als ein tausend Arbeiter an den Aktionen teilnahmen. Die Zahl der Protestaktionen habe vor dem Hintergrund verbreiteter Lohnrückstände und vermehrter Konkursverfahren 1996 gegenüber 1995 um etwa 50% zugenommen. (AWSJ, 21.7.1997)

Die Behörden versuchen, dieser Entwicklung durch eine Kombination von Einschüchterung und Konzessionen entgegenzutreten. In vielen Fällen lenken die örtlichen Regierungen zumindest kurzzeitig gegenüber Forderungen protestierender Arbeiter ein, indem etwa Lohnrückstände kurzfristig gezahlt oder Sonderbeihilfen zugunsten der Arbeiter verteilt werden. Zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Sicherheitskräften kommt es zwar nur in wenigen Fällen. Die Sicherheitsorgane gehen jedoch rigoros gegen noch so kleine Ansätze zur Gründung un-